



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Einladung zur

MEGADEMO am 7. Oktober in Wien:

**Gegen EU-Wirtschaftskriege, EU-Klimaterror,
EU-Asylflut & EU/EZB-Kreditpreisexplosionen.**

Samstag, 7. Oktober 2023, 13 Uhr

vor dem Parlament in 1017 Wien, Dr. Karl Renner-Ring 3

Diese äußerst wichtige Demonstration wird von „**direkt-demokratisch.jetzt**“ und deren Obmann **Martin Rutter** organisiert. Wir von der IHU unterstützen diese Demonstration, da wir von Anfang an gegen den EU-Beitritt waren, der nur aufgrund einer riesigen Propagandalawine mit Versprechungen, die sich allesamt als falsch herausstellten, überhaupt zustandekam. **IHU-Obfrau Inge Rauscher** wurde bei dieser Demonstration auch als Rednerin eingeladen. Fast alle für Österreich nachteiligen

politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte haben sehr viel mit der EU-Mitgliedschaft zu tun.

Österreich-Fahnen, Poster und Transparente, Musikinstrumente, Pfeiferln, Glocken o.ä. willkommen. Wir wollen das positive und zukunftsorientierte Österreich präsentieren, das seinen eigenen Weg geht und sich nicht als Befehlsempfänger vom WEF von Klaus Schwab oder anderen internationalen Bevormundungscliquen Superreicher versteht.

Aufkleber zum Weiterverbreiten:

Gemeinsame Anreise zur Demo mit dem Zug aus den Landeshauptstädten:

- ab Innsbruck 7.13h
- an Wien-Hauptbahnhof 11.32h
- ab Salzburg 9.07h
- an Wien-Hauptbahnhof 11.32h
- ab Linz 10.06h
- an Wien-Hauptbahnhof 11.22h
- ab Graz 8.25h
- an Wien-Hauptbahnhof 11.02h
oder ab Graz 9.25h
- an Wien-Hauptbahnhof 12.02h

Vom Hauptbahnhof in Wien mit der U1 in ca. 15 Minuten zur Station „Karlsplatz“, von dort in etwa 15 Min. zu Fuß über den Ring zum Parlament.

 **direktdemokratisch.**
www.direktdemokratisch.jetzt

Eine Aufklärungsinitiative von Martin Rutter
Näheres: www.megademo.info sowie [.me/s/Martinrutter](https://www.instagram.com/martinrutter)

„ÖXIT Demo“

7.10.23 / 13.00 Uhr / Vor dem Parlament in Wien

Sammlung vor dem Parlament ab 12 Uhr, Kundgebung mit Rednern ab 13 Uhr, Abmarsch zum „Haus der Europäischen Union“ in der Wipplingerstraße 35 neben der „Börse“, dort ab 14.30h Kundgebung mit Reden. Ende ca. 15 Uhr.

**ÖXIT statt Untergang
EWG statt EU**

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|------------------|
| Warum gegen die EU-Mitgliedschaft? | Seite 2 |
| Neutralität u. Sicherheit / Prof. Bader | Seite 3 |
| Mediziner über Impff Gefahren | Seite 4 |
| Prof. Geistlinger zur Neutralität | Seite 6 |
| Neutralitätsvortrag von Oberst Pausch | Seite 7 |
| Pandemie-Vortrag von Dr.med. Reuther | Rückseite |

Österreichische Post AG / SP20Z042089S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

Warum waren wir von Anfang an gegen den erswindelten EU-Beitritt Österreichs?

Das kann man ganz deutlich den Aussagen der sieben Proponenten des von uns organisierten EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015 entnehmen, die heute noch genauso aktuell sind und die wir deshalb hier neuerlich abdrucken.

Inge Rauscher

Wir wollen wieder ein freies, neutrales Österreich und keine Kolonie von Brüssel oder Washington. Kleine Staaten haben viel bessere Chancen auf umweltverträgliches Wirtschaften als der unbewegliche Koloß EU, der von Atom-, Gentechnik- und Pharmakonzernen diktiert wird.

Mag. Markus Lechner

Als Volkswirt, der seine Ausbildung überwiegend an der Universität Zürich absolviert hat und Jahrzehnte in einschlägiger höherer Funktion im öffentlichen Dienst tätig ist, halte ich den Austritt aus der Europäischen Union aus vielfältigen Gründen für die einzig sinnvolle Zukunftsperspektive für Österreich. Der öffentliche Gesamthaushalt Österreichs ist seit dem EU-Beitritt massiv in eine finanzielle Schräglage geraten. Die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer und auch vieler Unternehmer und Pensionisten nehmen seit Jahren dramatisch ab. In welchem finanziellen Umfang die österr. Städte, Gemeinden und Bundesländer an den periodischen Überweisungen des „Mitgliedsbeitrags“ an die EU beteiligt sind, wird von der Politik verschwiegen. Dadurch wird eine öffentliche Diskussion der Kosten und Nutzen des Überweisungsanteils jeder Gebietskörperschaft verunmöglicht.

Renate Zittmayr

Die EU ist auf eine industrialisierte Landwirtschaft ausgerichtet mit all ihren negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt. Importierte GVO- (genmanipulierte) Futtermittel, Vervielfachung des Chemieinsatzes, Subventionsdschungel wären ohne die EU kein Thema mehr. Der „freie“ Markt und die Globalisierung vernichten die Existenz der Bauern. Täglich werden in Österreich neun landwirtschaftliche Betriebe geschlossen; sie weichen der Agrarindustrie. Nur außerhalb der EU wird es gelingen, wieder einen gesunden Bauernstand herzustellen, der in der Lage ist, gesunde Lebensmittel für unsere Bevölkerung zu produzieren. Wir brauchen eine kleinstrukturierte Landwirtschaft und mittelständische Gewerbebetriebe, um eine Nahversorgung auch in evtl. Krisenzeiten zu gewährleisten.

Dr. Franz-Joseph Plank

Als langjähriger Tier- und Umweltschutzaktivist bin ich für den schnellstmöglichen Austritt Österreichs aus der EU. Denn die EU ist - gemeinsam mit den USA - durch die von ihr massiv geförderte Agrar- und Tierausbeutungsindustrie Hauptverursacher schrecklichen Tierleids, massiven Einsatzes von Pharmazeutika und damit verbundenen Antibiotika-Resistenzen, großflächiger Umweltschäden, Seuchen und regelmäßiger Fleischskandale. Die Kosten für verursachte Umwelt- und Gesundheitsschäden werden allerdings auf die Steuerzahler abgewälzt – das Wachstumswunder Fleischindustrie ist überhaupt erst

möglich, weil Fleisch von der EU-Politik mit Förderungen künstlich verbilligt wird. So flossen allein im Jahr 2013 60 Milliarden Euro (!) - über 40 % des gesamten EU-Haushaltes - an EU-Subventionen in die Landwirtschaft, sprich Agrarindustrie. Die EU fördert Investitionen in noch größere Ställe mit bis zu 50 Prozent, während Bauern mit wenig Vieh leer ausgehen. Allein 240 Millionen Euro aus EU-Töpfen wandern jährlich direkt in die fleischverarbeitende Industrie.

Helmut Schramm

Neoliberal ist nicht ideal, schon gar nicht sozial. Die EU-Verträge öffnen die Schere zwischen Arm und Reich, bringen jedes Jahr für die Österreicher neue Arbeitslosen- und Staatsschuldenrekorde, während das Realeinkommen seit dem EU-Beitritt gesunken ist. Der Euro heißt im Volksmund „Teuro“ und für seine „Rettungsschirme“ zahlen wir Milliarden und haften für zig Milliarden Euro. Österreich ohne EU würde es besser gehen: Die Schweiz, Norwegen und Island zeigen es vor.

Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer

Es geht bereits um kollektive Notwehr! Die EU ist finanz- und geopolitisch zu einem blindwilligen Vollzugsorgan der um das Überleben kämpfenden US-GB-Hegemonie geworden. Wenn man allerdings von einem Untergehenden, der uneinsichtig ist, umarmt wird, dann kann dies nur tragisch ausgehen. Die einzig sinnvolle Maßnahme ist dann, auf angemessene Distanz von dem Untergehenden und den sich von ihm umarmen lassenden zu gehen. Die Einkreisungspolitik gegenüber Rußland trennt uns nicht nur von unserem natürlichen Wirtschaftspartner - und das TTIP soll dies völkerrechtlich besiegeln, sondern führt zu erhöhten Rüstungsausgaben und zur Kriegsgefahr auf europäischem Boden. Das Mittragen von Wirtschaftsanktionen gegenüber Rußland durch die österr. Regierung ist mit der gesetzlich verankerten immerwährenden Neutralität unvereinbar. Die Befreiung aus der Finanzsklaverei und der geopolitischen Konfrontation kann nur durch die Wiedererlangung der nationalen Handlungsfähigkeit erfolgen.

Dr. Eva Maria Barki

Die Europäische Union entfernt sich von ihrem ursprünglichen Ziel, Frieden auf dem Boden von Freiheit, Recht und Sicherheit zu bieten, immer weiter. Sie führt einen subversiven Kampf gegen die Demokratie und gegen die Völker und Nationen Europas. In fortschreitender, illegitimer Zentralisierung der Macht zu einem autoritären Regime wird die Gesellschaft marginalisiert, die Souveränität der Staaten aufgehoben und das in den UNO-Menschenrechtspakten als zwingendes Recht normierte Selbstbestimmungsrecht der Völker, die wesentliche, unverzichtbare und unabdingbare Grundlage für Freiheit und Frieden, mißachtet.

261.056 Österreicher unterschrieben schon damals für den ÖXIT!

Erwin Bader: Neutralität und Sicherheit

Geehrter Herr Bundeskanzler Nehammer,

wenn Sie die bei den meisten übrigen Parteien konsensuelle Ablehnung der FPÖ dafür missbrauchen, um Ihre fragwürdige Anbiederung bei der NATO zu beschönigen, ist dies geradezu schamlos dem Volk gegenüber, das mehrheitlich für die Neutralität ist! Ja, es stimmt, dass die legitimer Weise zu erwartende Sicherheit durch die Neutralität derzeit wirklich nicht mehr wie früher gegeben ist, und zwar seitdem sich Österreich in neutralitätswidriger Weise im aktuellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, trotz offener faktischer Kriegsbeteiligung der NATO im Sinne ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen, nicht nur einseitig der Sprachregelung der NATO unterworfen hat, sondern sich auch den „westlichen“ Sanktionen anschließt, Kriegsmaterial durch das Land und im Luftraum über dem Staatsgebiet ziehen lässt und wenn Österreich zwar nicht selbst Waffen liefert, aber Geldspenden locker macht, die für Waffenkäufe einzusetzen der Ukraine ein Leichtes ist etc.! Damit wurde die Glaubwürdigkeit der Neutralitätspolitik Österreichs bereits erheblich vermindert! Und dies schadet zweifellos der Sicherheit Österreichs! Russland bezichtigte jüngst Österreich nicht ohne Grund der de-facto-Aufgabe der Neutralität und zählt unseren Staat sogar zu den feindlichen Staaten! Wenn Sie aber die Lösung des Problems in einer noch stärkeren Annäherung zur NATO suchen, ist dies, wie wenn ein Alkoholiker merkt, dass er von Alkohol abhängig zu werden beginnt und die Lösung darin sieht, in Zukunft noch schärfere alkoholische Getränke zu konsumieren. Anders gesagt hat der Staat oder die Regierung sich selbst etwas zuschulden kommen lassen, dessen Folgen man nun durch die Vergrößerung der Schuld beheben möchte. Aber Russland hat trotz der Untreue Österreichs hinsichtlich des Neutralitätsversprechens bisher nicht etwa mit einem Einmarsch in Österreich gedroht und es gibt auch keine andere unmittelbare Gefahr eines Überfalls o. ä., wodurch die Sicherheit Österreichs so massiv gefährdet wäre, dass Österreich sich nun unbedingt beim Aufbau des Skyshield-Programmes durch die NATO beteiligen müsste, um sich damit noch mehr von diesem Militärbündnis abhängig zu machen, in der Annahme, nur mit diesem zweifelhaften Schritt einer unmittelbar bevorstehenden Sicherheitsbedrohung zu begegnen.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler Nehammer, nun sogar eine legitime, vielleicht zu populistisch geschmückte oder zu unscharf begründete Meinungsäußerung missbrauchen, um es so hinzustellen, als ob der Wunsch nach voller Erhaltung der Neutralität (ohne NATO-Europa-Skyshield-Teilnahme) eine Gefährdung der Sicherheit Österreich darstelle, ist dies unverschämt und verlogen! Vielmehr entstand eine gewisse Gefährdung der österreichischen Sicherheit namentlich durch die Unterlassung der neutralitätspolitischen Pflicht zur Vermittlung zwischen den Kriegsparteien im Ukraine-Krieg (egal ob absichtlich oder wegen Unfähigkeit). Doch diesem Sicherheitsrisiko kann Österreich nur Herr werden, wenn man endlich begreift, dass ein dauernd neutraler Staat keinen der beiden Kriegsparteien (ne uter = keinen

von beiden!) besser oder schlechter zu behandeln hat, soweit dies die Siegeschance eines der beiden Kriegsparteien beeinträchtigen oder steigern könnte, ungeachtet der völkerrechtlich definierten Kriegsschuld – ja selbst wenn es sich um einen Krieg zwischen einem Heer der Engel gegen einen der Teufel handeln sollte! Dann und nur dann ist die Neutralitätspolitik glaubwürdig und besteht die Chance der dem neutralen Staat aufgetragenen Vermittlerrolle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens, dessen Trittbrettfahrer dann alle anderen Staaten sind, wie dies schon im Kalten Krieg bei der Kuba-Krise einmal zur Abwendung einer drohenden Atomkatastrophe konkret der Fall war. Karl Jaspers formulierte es so:

„Die Verantwortung der Neutralität [ist:] der Menschheit zu dienen durch Bewahrung eines Ortes, an dem in allem Kampf die Kämpfenden sich noch treffen können zum Gespräch; das gewaltlos Menschliche sichtbar und rein zu erhalten; dem Gedanken der Hilfe statt des Kampfes mit gleichen Opfern wie der Kämpfende zu erfüllen.“¹

Auch in Schweden, wenngleich man dort im Zweiten Weltkrieg die Neutralität relativ salopp interpretierte, ist das Volk nach dem NATO-Betritt, wie NZZ berichtet, nicht so glücklich wie man bei uns meint. Eine schwedische Zeitung wird zitiert:

„Mit dem Beitritt zur NATO betrat Schweden eine Welt, in der Sicherheitsinteressen manchmal Vorrang vor Demokratie haben.“²

Österreich verschafft sich dasselbe Risiko mit der Teilnahme am NATO-Skyshield - auch ohne formeller NATO-Mitgliedschaft. Wobei das Risiko keineswegs nur eines für die Demokratie ist! Wenn Österreich Russland absichtlich provoziert und sich irgendwann freut, dass manche Raketen, die Österreich treffen sollten, eh abgeschossen werden, ist dies eine Chuzpe gegenüber dem österreichischen Volk! Und hinter der rein militärisch verstandenen Sicherheit steht oft das Geschäftsinteresse der Waffenindustrie. Aus lauter Angst vor der weltgeschichtlichen Größe der Aufgabe, die Österreich 1955 mit seiner Neutralitätsverpflichtung auf sich nahm (vgl. das Zitat von Jaspers!), scheinen Österreichs Politiker zu viel auf Waffen und Krieg, aber zu wenig auf Vernunft und Frieden zu setzen! Und das in unserem Zeitabschnitt, in dem eigentlich die weltweite Kooperation zur Minderung der Klima- und Umweltschäden nötig wäre! Wenn schon die Staaten die Lösung ihrer Beziehungsprobleme nur durch den Sieg der einen Partei über die andere, also nur über Leichen für möglich halten, dann wundert es wenig, dass die Zahl der Tötungsdelikte auch im Privatbereich so stark ansteigt!

**Univ.Prof. für Sozialphilosophie i.R.
Dr. Erwin BADER,**

**langjähriger Vorsitzender des
„Universitätszentrums für Friedensforschung“
an der Universität Wien**

¹ Karl Jaspers: *Die Atombombe und die Zukunft der Menschheit*, München 7. Aufl. 1982, S. 192.

² „Nato-Beitritt löst im Land gemischte Gefühle aus“, NZZ, 13. 7. 2023.

Allgemeinmediziner spricht Klartext über Impfgefahren

Dr. Josef Kashofer, pensionierter Allgemeinmediziner mit 40 Jahren Berufserfahrung und über 17.000 Patienten ist einer der ersten Kritiker der Corona-Spritze. In diesem Interview erzählt er, wie er Corona und die Impfung sieht.

Frage: Was waren Ihre Gedanken als die Impfung so schnell gekommen ist?

Dr. Kashofer: Ich war mehr als skeptisch, zumal ich Corona nicht als Pandemie gesehen habe. Für mich waren es die gleichen Symptome, die ich bei Grippekranken in meinen 40 Jahren Arztpraxis festgestellt habe. Auch in den virusepidemiologischen Nachrichten der Uni Wien wurde Corona bis Mitte 2022 nicht angeführt, es gab bloß einen Verweis auf die Website des Gesundheitsministeriums. Für die Virologie war Corona nie ein ernstes Problem, das wurde jedoch öffentlich nie so dargestellt.

Frage: Von der Politik wurde lange behauptet, dass die Impfung die einzige Rettung ist. Was sagen Sie dazu?

Dr. Kashofer: Ich erinnere mich, dass die Politik immer gepredigt hat, die Impfung macht uns frei, sie ist alternativlos und führt uns aus der Pandemie. Zudem war mehr als auffällig, dass es plötzlich keine Grippe mehr gegeben hat. Das hat mich stutzig gemacht, und das Argument, dass die alten Menschen mit über 80 Jahren sterben – das war doch immer so. 40 Jahre habe ich erlebt, dass im Winter die Menschen Fieber und Husten bekommen haben. Und die Alten sind dann oft einige Monate später verstorben. Sogar die Statistik beweist, dass 2018 die Grippe mehr Todesopfer forderte, als Corona im Jahr 2020. Die Übersterblichkeit ist erst mit der Impfung gekommen.

Frage: Was wird den Menschen verschwiegen?

Dr. Kashofer: Alles über die Impfung ist eine Lüge. Die Politiker haben das immer gewusst, nur nicht zur Kenntnis genommen, oder es stecken andere Motive dahinter.

Sogar Janine Small, Pfizer-Präsidentin für internationale entwickelte Märkte, bestätigte vor dem EU-Parlament am 10.10.2021 auf die Frage, ob der Impfstoff vor der Marktzulassung auf Wirksamkeit getestet wurde, mit einem knappen: „No“, und lacht. Dafür sei keine Zeit gewesen. (ab Minute 15:22:57)

(Anmerkung der Redaktion: Der Aufschrei nach Bekanntwerden dieser Aussage war groß, zumal die Wirksamkeit der Impfung Grundlage für die Impfeempfehlungen, Covid-Zertifikate und den „Grünen Pass“ war. Pfizer relativierte. „Der Konzern hat den Impfstoff vor seiner Zulassung nicht daraufhin geprüft, ob er die Übertragung des Virus hemmt und hat das bei der Zulassung im Dezember 2020 auch nicht behauptet. Richtig ist, dass die Aussagen aus der Politik teilweise den Eindruck erweckten, die Impfung könne die Ausbreitung des Virus vollständig stoppen.“)

Und Luc Montagnier (1932-2022), französischer Virologe und Nobelpreisträger, äußerte sich in einem Interview so: „In jedem Land folgt die Todeskurve der Impfkurve“ und „Die gegenwärtige Politik der Massenimpfungen ist ein schwerer Fehler. Sie ist ein wissenschaftlicher sowie ein medizinischer Irrtum – und sie ist inakzeptabel.“

Frage: Warum sind die Menschen trotzdem bereit, sich einen riskanten Stoff injizieren zu lassen?

Dr. Kashofer: Die mediale und politische Propaganda war enorm, und der Zwang so groß, denn ein Großteil der Impfungen ist als alternativlos dargestellt worden, nur die Impfung kann uns von der Pandemie und den Lockdowns und Verkehrsbeschränkungen befreien. Zudem war der Druck groß, Verwandte oder Großeltern nicht besuchen zu dürfen oder den Job zu verlieren. Viele Unternehmer verlangen sogar eine Impfung als Voraussetzung für einen Job.

Den Menschen muss bewusst sein, dass die Impfung ein Riesengeschäft ist, und dass das Risiko vor allem für die Kinder enorm hoch ist.

Frage: Sie kritisieren die Ärzte vehement. Was werfen Sie ihnen vor?

Dr. Kashofer: Wenn sich die Ärzte informiert hätten, hätten sie die Impfung nicht durchführen dürfen, vor allem nicht in diesem Tempo in den Impfstraßen, wo mangels Zeit keine Aufklärung möglich war. Vor einer Impfung sind jedoch eine Anamnese und eine ausführliche Aufklärung unumgänglich. Das dauert mindestens dreißig Minuten. In der Impfstraße wurden Spritzen in zwei bis drei Minuten erledigt. Das ist unethisch. Außerdem höre ich von vielen Kollegen, dass sie ihre Praxis geschlossen haben, weil sie mit Impfungen weit mehr verdienen. Ich will keine Honorare nennen und ich kann sie selbst nicht bestätigen, weil ich ja nicht geimpft habe. Aber eine Impfung ist eine Angelegenheit von 2-3 Minuten und kein Vergleich zur Dauer einer üblichen Arzt-Konsultation.

Frage: Warum, denken Sie, haben viele Ärzte die Impfung befürwortet?

Dr. Kashofer: Die Peitsche von der Ärztekammer. Wer nicht impft, gefährdet seine Approbation. Leider gibt es einige Beispiele dafür. Ich kenne Kollegen, die ihre Berufsbeurteilung verloren oder freiwillig abgegeben haben. Die Verfolgung kritischer Ärzte muss daher aufhören. Ärzte, die geimpft haben, waren zudem der Meinung, dass sie aus der Haftung entlassen sind, wenn sie tun, was die Ärztekammer und die Politik sagen. Aber die Ärzte tragen für ihr Handeln höchstpersönlich Verantwortung.

Frage: Sind die Ärzte haftbar?

Dr. Kashofer: Ja. Strafrechtlich und zivilrechtlich. Nicht nur ein nachweislicher Impfschaden kann erfolgreich geklagt werden, auch die Abfertigung in der Impfstraße im Minutentakt.

Die verpflichtende Aufklärung ist unmöglich, weil kein Impfarzt weiß, was in den unterschiedlichen Impfstoffchargen enthalten ist. Die Unterschrift, zu der man dort quasi

genötigt wurde, ist null und nichtig, weil keine ausreichende Aufklärung erfolgt ist, und auch keine Anamnese, was vor jeder Impfung verpflichtend erfolgen muss.

Frage: Was halten Sie von der Impfung für Kinder und Kleinkinder?

Dr. Kashofer: Diesen Impfstoff hätte ich niemals verabreicht, und schon gar nicht den Kindern. Wenn das Coronarisiko bei Kindern gegen Null geht, steigt das Risiko der Nebenwirkungen gegen Unendlich. Es gibt keine Langzeiterfahrungen!

Quelle : <https://www.euromomo.eu/graphs-and-maps>

Frage: Möchten Sie einen persönlichen Vorfall in Ihrer Familie erzählen?

Dr. Kashofer: Ich habe 11 Enkelkinder. Jakob ist mit 16 Jahren am 16.6.2021 geimpft worden. Am 23.6.2021 ist er kollabiert und hat sich am Kinn verletzt. In der Spitalsambulanz ist er behandelt worden.



Dr.med. Josef Kashofer

Als ich davon erfahren habe, habe ich den dortigen Oberarzt angerufen und gefragt, ob eine Meldung an das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen erfolgt ist. „Nein, das machen wir nicht“, war seine Antwort. Darauf habe ich mich an die zuständige Amtsärztin gewandt, mit der Bitte um Meldung. „Das geht mich nichts an, das macht der Hausarzt.“ Deshalb erstattete ich bei der Polizei Anzeige wegen Körperverletzung mit Verdacht auf Fremdverschuldung. Der Beamte

hörte geduldig zu und tippte lange einen Bericht, und meinte auf meine Bitte nach einer Kopie: „Wir machen keine Anzeige, da sind sieben Tage dazwischen.“ Ein Rechtsanwalt hat mir dann eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft geschrieben. Das Ergebnis sind zwei Entscheidungen der Staatsanwaltschaft: „Es besteht kein Anfangsverdacht.“

Mein Enkel könnte zwar mit 18 Jahren einen Prozess anstrengen, aber wenn er 18 ist, ist die Impfung bereits verjährt. Das sollten die Menschen wissen: Impfpflichtige müssen sich auf einen mühseligen Prozess vorbereiten, um Recht zu bekommen.

Frage: Wie lautet Ihre Botschaft für die Eltern?

Dr. Kashofer: Eltern tragen die Verantwortung für ihre Kinder. Schützt Eure Kinder!

Quelle: Dieses Interview wurde geführt vom Newsletter-Team von „Direktdemokratisch.jetzt“ und am 8.2.23 veröffentlicht

Wie hoch ist der jährliche Mitgliedsbeitrag Österreichs an die EU?

Einer der Gründe für den realen Einkommensverlust der breiten Masse ist der horrende **Netto-EU-Mitgliedsbeitrag**, den Österreich jährlich an die EU abliefern muß. Dieser wird aber in offiziellen „Informationen“ weitgehend geheim gehalten. Versuchen Sie mal, diesen im Internet herauszufinden - er wird unter tausend Wortkaskaden verborgen In einem Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ heißt es dazu wörtlich:

„Keine Auskunft gibt das Finanzministerium zur Höhe der erwarteten Rückflüsse aus dem EU-Budget. **Netto-beiträge** ließen sich derzeit noch nicht abschätzen, sie werden von der Kommission erst einige Jahre im Nachhinein veröffentlicht, hieß es. 2018 wies Österreich laut dem aktuellsten verfügbaren Finanzbericht der EU-Kommission einen Nettobeitrag - Bruttobeitrag minus Rückflüsse - von 1,346 Milliarden Euro auf.“ Man kann also davon ausge-

hen, daß Österreichs Steuerzahler jährlich einen ähnlich hohen Betrag an die EU abliefern. **1,346 Milliarden Euro entsprechen 18,521 Milliarden in Österreichischen Schilling.** Nur damit man eine ungefähre Vorstellung hat über etwas, über das so gut wie nie in den Medien berichtet wird. Zum Vergleich: Das bevölkerungsstärkste Bundesland Niederösterreich hatte 2021 Gesamteinnahmen von 7,410 Milliarden Euro, wobei die Ausgaben die Einnahmen beträchtlich überstiegen.

Setzen wir deshalb am **7. Oktober** ein starkes Zeichen, daß wir nicht weiter die Melkkuh der EU sein wollen und deren Zerstörung der Nationalstaaten insgesamt ablehnen! Ohne die „Kraft der Straße“ wird die Politik nie aufwachen, das hat die Rücknahme des Impfpflicht-Gesetzes deutlich gezeigt.

Protest gegen schwarz-grüne „Absichtserklärung“, dem NATO-„Sky Shield“ für Europa beitreten zu wollen.

Am 12.07.2023 veröffentlichten IHU und NFÖ gemeinsam per APA-OTS-Presseaussendung einen Protest gegen Österreichs geplante Teilnahme am NATO-„Sky Shield“. Darin wird auch **Prof. Wohlmeyer** mit nachstehender Aussage aus einem offenen Brief an Verteidigungsministerin **Klaudia Tanner** wie folgt zitiert:

„Sky Shield ist ein NATO-Projekt, das von den USA gesteuert wird. Der Beitritt würde einen NATO-Beitritt durch die ‚Nebentür‘ bedeuten. Das verletzt eindeutig unsere verfassungsgesetzlich verankerte immerwährende Neutralität. Wir würden dadurch automatisch ‚Feindstaat‘ mit allen Konsequenzen. Sollte es zu einer raketengestützten

atomaren Auseinandersetzung kommen, dann werden wir als eines der östlichen Länder von abgeschossenen Atomraketen vornehmlich betroffen sein. Dies bedeutet eine breitflächige Verseuchung unseres Landes. **Dies dürfen wir keinesfalls riskieren!** Mit einem Einsatz bestimmter Waffensysteme in Österreich wür-

de die gegenwärtige Regierung den Staatsvertrag verletzen, die rechtliche Grundlage unseres Staates.“

Prof. Dipl.Ing. Dr. **Heinrich WOHLMEYER**, international erfahrener Agrar- und Industriemanager, Autor der Sachbücher „Globales Schafscheren“ und „Empörung in Europa“.

Grussworte an die Bundesversammlung 2023 des Bündnisses „Neutrales Freies Österreich“

von Dr. Michael Geistlinger

Univ.Prof. für Völkerrecht an der Universität Salzburg

Sehr geehrter Herr Diplomingenieur Jenny, sehr geehrte Mitglieder, Angehörige und Freunde der Bundesversammlung

Der Name Ihres Bundes könnte trefflicher nicht lauten und spannt in drei Worten einen Bogen über die Geschichte und die Gegenwart bis hin zur Zukunft Österreichs. Österreich wurde im Jahr 1955 frei, weil es sich zur immerwährenden Neutralität bekannte. Österreich wäre heute frei, würde es eine glaubhafte dem Völkerrecht verpflichtete Neutralitätspolitik betreiben. Österreich wird wieder frei werden, sobald es sich auf seine völkerrechtliche Verpflichtung zu immerwährender Neutralität zurückbesinnt.

Das Moskauer Memorandum als Geschäftsgrundlage des Staatsvertrags von Wien und seine Umsetzung auf verfassungsrechtlicher Ebene durch das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs und auf völkerrechtlicher Ebene durch die Notifikation eben dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung an die damalige Staatengemeinschaft bewirkten den Rückzug der Vier Alliierten Mächte aus Österreich und damit die Beendigung des Besatzungsregimes. Von Beginn seiner Verbindlichkeit für Österreich an demonstrierte das Institut der immerwährenden Neutralität seine Macht. Truppen der vier stärksten Armeen der damaligen Zeit standen in Österreich und verliessen Österreich friedlich, ohne Kampfhandlungen. Österreich hatte zu jener Zeit erst rudimentäre Ansätze einer eigenen Armee und musste diese überhaupt nicht einsetzen, um frei von ausländischen Truppen zu werden. Es genügte, sich für immerwährend neutral zu erklären.

Eine lange Zeitstrecke über bis zum Ende der Sowjetunion verhalf Österreich seine glaubhafte Neutralitätspolitik trotz eines Kalten Krieges zwischen West und Ost, frei zu bleiben. Doch mit dem Zusammenbruch des universellen Gegenspielers der USA, der Sowjetunion, glaubte man in Österreich, besser zu fahren, wenn man sich aus der Position der Mitte der Position eines der beiden Lager, des vermeintlichen Siegers im Kalten Krieg,

andiente. Also trat Österreich dem westlichen Lager in Gestalt der Europäischen Union (EU) bei, und dies, obwohl selbst die Europäische Kommission der Auffassung war, dass der Neutralitätsstatus, wie er von Österreich damals verstanden und gepflegt wurde, mit einer Mitgliedschaft bei der EU unvereinbar war. Die Europäische Kommission sah nur zwei Möglichkeiten, einen Neutralitätsvorbehalt oder eine EU-konforme Neuausrichtung der österreichischen Neutralitätspolitik. Das zweite geschah, und der Irak-Krieg mit Hunderten völkerrechtlich nicht gedeckter Nato-Überflüge und ebenso völkerrechtswidriger Durchführungsgenehmigungen für Panzer von Nato-Staaten über und durch Österreich waren die willkommene Gelegenheit der EU, österreichische Allianz unter Beweis zu stellen.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Die Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon und die damit einhergehenden Änderungen der österreichischen Bundesverfassung überlagerten die Neutralität Österreichs mit europäischer Solidarität, und die massgeblichen Politiker düpierten das österreichische Volk, indem sie, ohne diesem die Wahrheit einzugestehen, stillschweigend das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität derogierten, oder, einfacher ausgedrückt, es – je nach Sichtweise – teilweise oder ganz ausser Kraft setzten. Was sie damit allerdings nicht bewirken konnten, war, so die Neutralität auch völkerrechtlich ausser Kraft zu setzen. EU-affine österreichische Völkerrechtler versuchen zwar verzweifelt, Argumentationslinien aufzubauen, um der österreichischen Staatsführung den Boden zu bereiten; Verpflichtungen der EU den Vorrang gegenüber denjenigen nach universellem Völkerrecht einzuräumen. EU-Recht ist aber nun einmal regionales Völkerrecht, und die EU als regionale internationale Organisation dem universellen Völkerrecht verpflichtet. Österreich wiederum kann sich mit Berufung auf Verpflichtungen kraft seiner Zugehörigkeit zu ebendieser regionalen Organisation nicht aus denjenigen nach universellem Völ-

kerrecht hinausstellen. Also sind wir heute im Ukraine-Krieg Zeitzengen massenhafter Verletzungen seiner immerwährenden Neutralität durch Österreich. Die Finanzierung von Minenräumung anstelle Teilnahme an Minenräumung mit eigenen Kräften des Bundesheeres, um nur die jüngste Debatte anzusprechen, löst das Problem nicht. Auch die Finanzierung ist ein Völkerrechtsbruch, insofern nicht beide Konfliktparteien gleichbehandelt werden. Es sind die Grundprinzipien der Neutralität, die zum Tragen kommen, liegt wie in der Ukraine ein international bewaffneter Konflikt vor. Dann gilt es, sich selbst jeglicher Unterstützungshandlungen zu enthalten, beide Konfliktparteien gleich zu behandeln und sein Territorium für Kriegs- oder Unterstützungshandlungen jeglicher Art zu verschliessen.

Aber wie viele Verletzungen auch immer gesetzt werden, den völkerrechtlichen Status seiner immerwährenden Neutralität wird Österreich so nicht los. Es zeigt sich auch, dass nicht Russland die österreichische Neutralität bedroht. Es sind die Nato und die EU, die Österreich immer tiefer in neutralitätswidriges Verhalten verstricken und in dem Masse unfrei machen, in dem Österreich sich nicht neutral verhält.

Es kommt also mehr und mehr auf Ihren Bund und ähnliche, einer ehrlichen und echten immerwährenden Neutralität Österreichs verpflichtete Initiativen, Vereinigungen und politische Parteien an, um Österreich wieder frei zu machen. Die Zeit ist günstig. Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, je mehr das Geld der Österreicherinnen und Österreicher im Wege der EU in der Ukraine und für die Ukraine pulverisiert wird, desto sicherer kommt der Moment, dass die Mehrheit in Österreich die fatalen politischen Fehlentwicklungen erkennen und bewältigen wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Gelingen Ihrer Bundesversammlung und Durchhaltvermögen!

**Herzliche Grüsse
Michael Geistlinger**

Quelle: Schweizer Wochenzeitschrift „Zeit-Fragen“, Ausgabe vom 25.7.2023

EINLADUNG

zum VORTRAG mit Diskussion zum Thema

„Bedeutung der immerwährenden NEUTRALITÄT für Österreich.“

Am **Dienstag, 24. Oktober**, um 19 Uhr

in **WIEN-Grinzing**

im **Bio-Weinbau und Heurigenschank „ZUM BERGER“**

in 1190 Wien, Himmelstraße 19

Nähe Endstation Straßenbahnlinie 38 und Bus 38A ab Heiligenstadt

Es spricht:

Oberst i.R. Gottfried PAUSCH
aus Salzburg

● **Veranstalter:**

Neutrales Freies Österreich NFÖ
in Zusammenarbeit mit Initiative Heimat & Umwelt IHU

● **Moderation:**

NFÖ-Obmann Dipl.Ing. Daniel Jenny und IHU-Obfrau Inge Rauscher

● Eintritt gegen freie Spende

● Imbißmöglichkeit („kleine Karte“) vor Vortragsbeginn

Bei diesem Vortrag eines der maßgeblichen Vertreters der „Soldaten für Neutralität“ wird es insbesondere um die von der schwarz-grünen Regierung geplante Zustimmung zum **NATO-„Sky Shield für Europa“** gehen. Machen Sie sich selbst ein Bild aus erster Hand!

Verteidigungsministerin **Kludia Tanner** hat am 6. Juli 2023 im Rahmen des jährlichen Treffens mit ihrer Schweizer Minister-Kollegin Viola Amherd eine Erklärung unterzeichnet, wonach Österreich und die Schweiz eine Teilnahme am **Luftraumverteidigungssystem „Sky Shield“** anstreben. Derzeit haben 19 NATO-Staaten ihre Mitwirkung an diesem Projekt zugesagt, die Koordinierung aller Teilschritte übernimmt Deutschland. Die NATO-Staaten Frankreich, Italien, Spanien und Portugal beteiligen sich bislang nicht daran. Warum ausgerechnet Österreich und die Schweiz bei „Sky Shield“ von Beginn an mitmachen wollen, ist aus neutralitätspolitischer Sicht höchst fragwürdig. Beabsichtigt man etwa einen **NATO-Beitritt durch die Hintertüre?**

www.heimat-und-umwelt.at
facebook.com/inge.rauscher.5283

.....

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,
33. Jahrgang, Folge 4, September 2023, ZulassungsNr. "SP20Z042089S",
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 06.09.2023,

Spendenkonto: IBAN: AT36600000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Vortrag mit Diskussion zum Thema

**„Rette sich, wer kann.
Die wirklichen Gefahren einer Pandemie“**

am **Donnerstag, 12. Oktober 2023**, um 19 Uhr

in **ANSFELDEN** bei **Linz**

im **Gasthof-Hotel „Stockinger“**, Ritzlhofstraße 63

Es spricht:

Univ.Dozent Dr. med. Gerd REUTHER
aus Deutschland

MODERATORIN: Inge RAUSCHER, IHU-Obfrau

- Eintritt gegen freie Spende
- Imbißmöglichkeit („kleine Karte“) vor Vortragsbeginn ab 18 Uhr
- Übernachtungsmöglichkeit für Auswärtige im Hotel „Stockinger“

Dr. Reuther dazu, worum es in diesem Vortrag gehen wird:

„Wer sucht nicht gerne Schutz, wenn Gefahr droht? Mindestens 15 angebliche Schutzimpfungen traumatisieren hierzulande die Kindheit. Versicherungspolizzen begleiten das Leben von der Wiege bis zur Bahre. Was liegt da näher, als sich gegen die seit 2020 hinter jeder Ecke lauernenden Pandemien mit einem Vertrag abzusichern? Aber Vorsicht! Ein seriöses Schutzangebot ist immer freiwillig. Schutzversprechen sind das älteste Geschäftsmodell der Welt und kosten immer Freiheiten.

Wie real ist eigentlich eine Pandemiegefahr? Warum gab es von der angeblichen „Spanischen Grippe“ bis zur Testpandemie namens „Covid-19“ 100 Jahre lang keine Pandemie? Warum hatte es bis 2020 noch nie in der Menschheitsgeschichte eine Grippe-Pandemie gegeben? Warum hat „Covid-19“ um Weißrussland einen Bogen gemacht?

Die Vergangenheit und die biologischen Grundtatsachen zeigen, daß es epidemische Infektionskrankheiten überhaupt nur gibt, wenn Gesellschaften die geeigneten Bedingungen bieten: Krieg, Not, Umweltkatastrophen und ungesunde Lebensweisen. Der seit den Zeiten der Pest immer wieder beschworene „Schnitter Tod“, der Menschen ohne Ansehen der Person niedermäht, ist ein Trugbild. Jede Infektion ist weit mehr dem befallenen Organismus als einem Mikroorganismus geschuldet. Pandemien könnte es nur geben, wenn großräumig die gleichen gesundheitsschädlichen Zustände herrschen.

Es sieht alles danach aus, daß Pandemien dann auftreten, wenn sie gebraucht werden. Pandemien wurden und werden seit fast 700 Jahren in Europa herbeigeredet, um die Selbstbestimmung zu beenden. Unverbrüchliche Grundrechte der Unverletzlichkeit und Bewegungsfreiheit dürfen nie für angebliche Gesundheitsgefahren außer Kraft gesetzt werden. Der Versuch, Risiken vertraglich zu minimieren, kann die Freiheit und das Leben kosten. Die Unterschrift unter den Pandemievertrag wäre hierzulande das Ende der Zweiten Republik.“

Univ.-Dozent (Wien) Dr. med. **Gerd REUTHER** ist Facharzt für Radiologie und Medizinhistoriker. 2005 erhielt er für seine Leistungen den Eugenie-und-Felix-Wachsmann-Preis der deutschen Röntgen-Gesellschaft. Er veröffentlichte rund 100 Beiträge in nationalen und internationalen Fachzeitschriften und -büchern sowie fünf Bücher, die sich kritisch mit der Medizin in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen. 2023 erschienen „Hauptsache Panik - Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa“ und „Letzte Tage - verkannte und vertuschte Todesursachen berühmter Personen“ im Engelsdorfer Verlag.